OESTERREICHISCHE NATIONALBANK
EUROSYSTEM

INFLATION AKTUELL

Die Inflationsanalyse der OeNB

Stabilität und Sicherheit.

Q1/18

Vor dem Hintergrund des Preisstabilitätsziels des Eurosystems analysiert *Inflation aktuell* vierteljährlich die Inflationsentwicklung in Österreich und enthält zusätzlich eine Inflationsprognose sowie zumindest ein aktuelles Schwerpunktthema.

Medieninhaberin und Herausgeberin	*Oesterreichische Nationalbank* *Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien* *Postfach 61, 1011 Wien* *www.oenb.at* *oenb.info@oenb.at* *Tel. (+43-1) 40420-6666* *Fax (+43-1) 40420-04-6698*
Schriftleitung	*Doris Ritzberger-Grünwald*
Koordination	*Friedrich Fritzer*
Redaktion	*Anita Roitner*

© Oesterreichische Nationalbank, 2018.

Alle Rechte vorbehalten.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Auf geschlechtergerechte Formulierungen wird verzichtet, an ihrer Stelle verwendete Begriffe gelten im Sinn der Gleichbehandlung grundsätzlich für beide Geschlechter.

Zusammenfassung

- Die **österreichische HVPI-Inflationsrate** wie auch die **Kerninflationsrate** (ohne Energie und Nahrungsmittel) **verringerten sich in den letzten Monaten deutlich.** Während die Gesamtinflationsrate von 2,5 % im September 2017 auf 1,9 % im Februar 2018 zurückging, schwächte sich die Kerninflationsrate im selben Zeitraum von 2,5 % auf 2,1 % ab. Der Inflationsrückgang war in allen Gruppen des HVPI (Dienstleistungen, Industriegüter ohne Energie, Energie und Nahrungsmittel) zu beobachten. Dafür dürfte die Aufwertung des Euro ebenso verantwortlich sein wie das gebremste Rohstoffpreiswachstum in den ersten beiden Monaten dieses Jahres. Aufgrund sinkender Lohnstückkosten gingen auch von der heimischen Kostenseite zuletzt inflationsdämpfende Effekte aus.
- Die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) prognostiziert – ausgehend von 2,2 % im Jahr 2017 – einen **Rückgang der HVPI-Inflationsrate auf 2,0 % im Jahr 2018, auf 1,9 % im Jahr 2019 und einen Anstieg auf 2,0 % im Jahr 2020**. Ausschlaggebend für diese Entwicklung sind die erwarteten niedrigeren Preissteigerungen bei Energie- und Nahrungsmitteln. Da die gute konjunkturelle Entwicklung steigende bzw. anhaltend hohe Teuerungsraten bei Dienstleistungen sowie Industriegütern ohne Energie nach sich zieht, **bleibt die Kerninflationsrate** (ohne Energie und Nahrungsmittel) **im Prognosezeitraum bei bzw. über 2,0 % (2018: 2,0 %; 2019 und 2020: 2,2 %)**.
- **Schwerpunktthema** dieser Ausgabe *von Inflation aktuell* ist eine Analyse der **Wohnausgaben und deren Erfassung in der österreichischen Inflationsmessung**. Die Ausgaben für Hauptmietwohnungen in der österreichischen Inflationsmessung sind durch den Rückgriff auf Daten aus dem Mikrozensus genau und vollständig erfasst. Im Gegensatz dazu werden die Kosten von Eigentumswohnungen im HVPI überhaupt nicht und im VPI nur in unzureichender Weise mit den Annuitätenzahlungen für Hypothekardarlehen berücksichtigt. In den USA und Deutschland werden für eigentümergenutztes Wohnen imputierte Mieten berechnet, beim HVPI scheiterte dies bisher an methodischen Problemen bei der Umsetzung eines einheitlichen Ansatzes für alle Euroraum-Länder.
- Aufgrund der gestiegenen Nachfrage und des OPEC-Förderlimits wurde bei energetischen Rohstoffen seit Mitte 2017 ein deutlicher Preisanstieg beobachtet, dem Anfang des Jahres 2018 ein Preisrückgang folgte. Auf den **vorgelagerten Produktionsstufen (Erzeuger und Großhandel) verringerte sich die Jahresinflationsrate** von November 2017 bis Februar 2018.
- **Der nominell-effektive Wechselkurs des Euro und der bilaterale Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar werteten seit Anfang 2017 deutlich auf**. Die Aufwertung hat sich seit Herbst aber nicht mehr im selben Ausmaß wie in den Monaten zuvor fortgesetzt. Der nominell-effektive Wechselkurs Österreichs hat zwischen September 2017 und Februar 2018 um rund 0,8 % aufgewertet. Der bilaterale Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar legte im selben Zeitraum um 3,1 % zu.
- Obwohl die Arbeitnehmerentgelte zuletzt wieder stärker anstiegen, hat sich das Wachstum der nominellen Lohnstückkosten infolge der guten Produktivitätsentwicklung weiter abgeschwächt. **Die Lohnstückkosten sanken im vierten Quartal 2017** um 0,3 % gegenüber dem Vorjahresquartal. Die **Gewinnsituation nichtfinanzieller Unternehmen verbesserte sich in den ersten drei Quartalen des Vorjahres** aufgrund der guten konjunkturellen Entwicklung.
- Die **Indikatoren der Produktionsauslastung verbesserten sich zuletzt weiter**. Die **gesamtwirtschaftliche Produktionslücke** ist nach OeNB-Schätzung bereits **geschlossen**. Vor allem die Konsumgüterbranche, die einen relativ großen Einfluss auf die Verbraucherpreise hat, entwickelte sich dynamisch. Laut **Umfragen bei Konsumgüterherstellern ist die Kapazitätsauslastung sehr hoch**. Die Konjunktur- und Verbrauchererhebungen der Europäischen Kommission zeigen ein insgesamt günstiges Konjunkturumfeld mit überdurchschnittlich hohen Auftragseingängen in den letzten Monaten und optimistischen Exporterwartungen der Konsumgüterhersteller.
- Die österreichischen Haushalte erwarten derzeit in den kommenden 12 Monaten mehrheitlich steigende Preise. Laut Consensus Forecasts erwarten die Prognoseinstitute für 2018 und 2019 Inflationsraten von rund 2,0 %.

Inflation aktuell – die Inflationsanalyse der OeNB[1]

Zusammenfassung 3

1 Deutlicher Rückgang der österreichischen Inflationsrate seit Herbst 2017 5

2 Inflationsprognose: Energie und Nahrungsmittel dämpfen die österreichische Inflationsrate 6

Inflation bei Dienstleistungen und Industriegütern bleibt hoch, aber Abschwächung der Teuerung bei Energie und Nahrungsmitteln 7

Kasten: Wie sehr reflektiert die HVPI-Inflationsrate die Wohnkosten der Österreicher?[2] 10

3 Erklärungsfaktoren für die bisherige Preisentwicklung 15

3.1 Preise von Rohstoffen zuletzt etwas gesunken 15

3.2 Stärkerer Euro dämpft das Importpreiswachstum 15

3.3 Preisdruck von Seiten der Erzeuger- und Großhandelspreise nimmt zuletzt ab 16

3.4 Lohnstückkosten sinken während sich die Unternehmensgewinne etwas erholen 17

3.5 Überdurchschnittliche Kapazitätsauslastung in der Konsumgüterindustrie 18

3.6 Inflationserwartungen der Prognoseinstitute derzeit bei rund 2 % 19

Stand: 10. April 2018

[1] Autor: Friedrich Fritzer (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).

[2] Anita Roitner, Fabio Rumler, Karin Wagner (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).

1 Deutlicher Rückgang der österreichischen Inflationsrate seit Herbst 2017

Die österreichische HVPI-Inflationsrate verringerte sich von 2,5 % im September 2017 auf 1,9 % im Februar 2018. Der Inflationsrückgang war in allen Gruppen des HVPI (Dienstleistungen, Industriegüter ohne Energie, Energie sowie verarbeitete und unverarbeitete Nahrungsmittel) zu beobachten. Ausschlaggebend dafür waren die Aufwertung des Euro sowie dämpfende Basiseffekte[3] bei Nahrungsmitteln und Energie. Die Kerninflationsrate (ohne Energie und Nahrungsmittel) verringerte sich im selben Zeitraum von 2,5 % (September 2017) auf 2,1 % (Februar 2018).

Österreichs Inflationsrate liegt nach wie vor über jener Deutschlands sowie auch über dem Euroraumdurchschnitt. Im Februar 2018 betrug die Inflationsdifferenz Österreichs zu Deutschland 0,7 Prozentpunkte und gegenüber dem Euroraum 0,8 Prozentpunkte. Der größte Teil des Inflationsabstandes geht auf die Preisentwicklung bei Dienstleistungen zurück.

Die Jahresteuerung von Energie verringerte sich von 1,7 % im September 2018 auf 0,2 % im Februar 2018, wofür die Aufwertung des Euro sowie inflationsdämpfende Basiseffekte ausschlaggebend waren. Zudem senkten einige Energieanbieter Anfang 2018 die Gaspreise.

Auch bei Nahrungsmitteln (inklusive Tabak und alkoholischer Getränke) verringerte sich in den letzten Monaten der Preisauftrieb. Deren Inflationsrate belief sich im Februar 2018 auf 2,0 % (September 2017: 3,2%). Während vor allem bei unverarbeiteten Nahrungsmitteln (insbesondere Gemüse und Obst) in den letzten Monaten Rückgänge der Teuerungsrate zu beobachten waren, blieb diese bei verarbeiteten Nahrungsmitteln von September 2017 bis Jänner 2018 weitgehend stabil bei rund 3 ½ %; im Februar 2018 schwächte sie sich leicht auf 3,3 % ab. Die Teuerung bei Milchprodukten sowie Ölen und Fetten – die im Jahr 2017 für die deutliche Beschleunigung der Nahrungsmittelinflation verantwortlich war – ist inzwischen wieder etwas zurückgegangen. Die Preissteigerungen bei Tabak dämpften in den letzten Monaten den Rückgang der Inflation bei Nahrungsmitteln etwas.

Die Inflationsrate für Industriegüter ohne Energie belief sich im Februar 2018 auf 2,0 % und war damit moderat niedriger als im September 2017 (2,2 %). Sie lag aber noch deutlich über dem mittelfristigen Durchschnitt[4]. Für den moderaten Rückgang der Teuerung seit Herbst letzten Jahres waren teilweise Sonderfaktoren verantwortlich.[5] Die gute konjunkturelle Entwicklung dürfte nicht ausschlaggebend gewesen sein, da vor allem bei langlebigen Industriegütern (wie z. B. Möbeln) mit üblicherweise stärker konjunkturabhängigen Preisen keine höheren Teuerungsraten beobachtet wurden.

Die Inflationsrate für Dienstleistungen hat sich in den letzten Monaten deutlich verringert. Im Februar 2018 belief sie sich auf 2,2 % (September 2017: 2,7 %). Aufgrund ihres großen Gewichts im HVPI-Warenkorb (derzeit 47 %) sind Dienstleistungen aber weiterhin der wichtigste Inflationstreiber. Zuletzt hat sich vor allem die Teuerung von Flugtickets und Pauschalreisen verringert. Ein Teil des hier zuletzt beobachteten Rückgangs dürfte allerdings nicht von Dauer sein, da es sich um sehr volatile Preise handelt, die bald wieder anziehen dürften. Bei Restaurants

[3] Mit Basiseffekt wird der Einfluss der Vergleichsbasis auf die aktuelle Inflationsrate bezeichnet. Beispielsweise spielt bei einer Jahresinflationsrate für den Monat Februar nicht nur die Preisentwicklung im Februar dieses Jahres, sondern auch jene im Februar des Vorjahres eine Rolle. Bei Nahrungsmitteln stiegen die Preise Anfang letzten Jahres vor allem auf Grund von witterungsbedingten Ernteausfällen, während die Anfang letzten Jahres erfolgten Preisanstiege bei Energie vor allem auf die Rohöl-Förderkürzungen der OPEC zurückzuführen sind.

[4] Die Verbraucherpreise für Industriegüter ohne Energie stiegen seit 2013 um durchschnittlich 0,7 %.

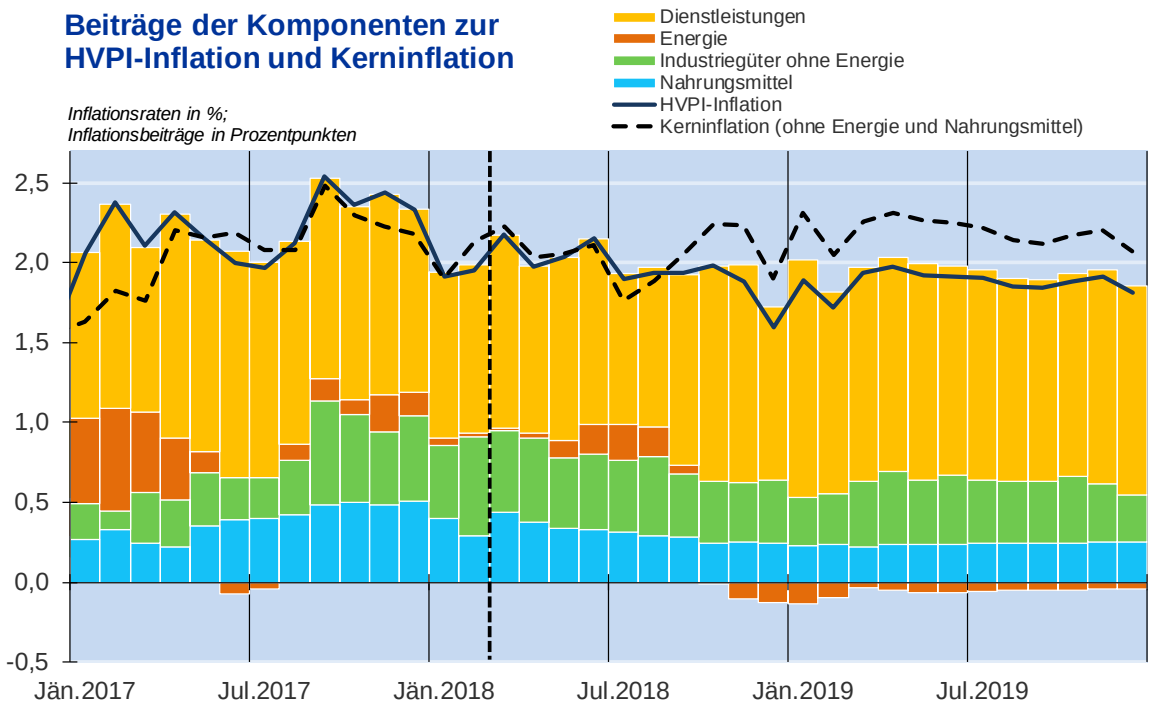
[5] Bei Bekleidung und Schuhen wurden im Herbst 2017 höhere saisonale Preissteigerungen als in den vergleichbaren Vorjahresmonaten beobachtet, die sich nunmehr wieder zurückgebildet haben.

und Hotels – die rund ein Drittel des Gewichts der Dienstleistungen ausmachen – waren zuletzt relativ stabile Teuerungsraten von knapp unter 3 % zu verzeichnen.

2 Inflationsprognose: Energie und Nahrungsmittel dämpfen die österreichische Inflationsrate

Gemäß der aktuellen Inflationsprognose der OeNB wird die HVPI-Inflationsrate – ausgehend von 2,2 % im Jahr 2017 – auf 2,0 % im Jahr 2018 sowie 1,9 % im Jahr 2019 zurückgehen, bevor sie 2020 wieder auf 2,0 % ansteigen wird. Der Rückgang der Inflationsrate gegenüber 2017 ist in erster Linie auf die Preise für Energie sowie Nahrungsmittel zurückzuführen. Binnenwirtschaftliche Faktoren, wie die heimische Nachfrage bzw. die Lohnstückkostenentwicklung, wirken hingegen erhöhend auf die Gesamtinflationsrate. Die Kerninflation (ohne Energie und Nahrungsmittel) wird sich in den Jahren 2018 auf 2,0 % belaufen und sollte 2019 und 2020 auf jeweils 2,2 % ansteigen.

Grafik 1



Quelle: Statistik Austria, OeNB.
Prognose: März 2018 bis Dezember 2019.

Gegenüber der Inflationsprognose vom Dezember 2017 ist dies eine Abwärtsrevision der HVPI-Inflation um 0,1 Prozentpunkte für 2018 sowie eine Aufwärtsrevision um 0,1 Prozentpunkte für 2020. Der Prognosewert für 2019 ist gegenüber der letzten Inflationsprognose unverändert.

Die moderate Abwärtsrevision um 0,1 Prozentpunkte für 2018 geht in erster Linie auf die Abwärtsrevision der nichtenergetischen Rohstoffpreisannahmen und die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar zurück[6] (jeweils im Vergleich zur OeNB-Prognose vom Dezember 2017). Sowohl die Annahmen für die Erzeugerpreise für EU-Agrarrohstoffe als auch jene für globale Nahrungsmittelrohstoffe sind im Prognosezeitraum nach unten revidiert worden (siehe auch

[6] Die Wechselkurse werden über den Prognosezeitraum hinweg als unverändert angenommen. Dabei wurde ein Durchschnitt im Zweiwochenzeitraum vor dem Redaktionsschluss (Mitte Februar 2018) der Eurosystemprognose vom März 2018 herangezogen.

Tabelle 1). Die Aufwärtsrevision der Inflationsprognose für 2020 geht auf die etwas größere positive heimische Produktionslücke zurück.

Tabelle 1

Annahmen der März 2018-OeNB-Inflationsprognose

	Annahmen				Revisionen gegenüber Dezember 2017		
	2017	2018	2019	2020	2018	2019	2020
Energie und Wechselkurse					%-Veränderungen		
Erdölpreis (EUR/Barrel)	48,2	52,6	49,5	47,2	0,2	-1,5	-3,5
US-Dollar Wechselkurs	1,13	1,23	1,24	1,24	5,2	5,4	5,4
Nichtenergetische Rohstoffpreise							
EU Erzeugerpreise Nahrungsmittel	107,2	105,5	106,5	107,7	-2,1	-2,0	-1,3
Weltmarktpreise für Nahrungsmittel	134,0	136,8	144,7	147,5	-3,6	-2,6	-2,3
Weltmarktpreise für metallische Rohstoffe	122,9	138,2	141,4	147,7	9,1	8,1	8,4
Zinsen					Veränderungen in %-Punkten		
Dreimonatszinssatz	-0,3	-0,3	-0,1	0,4	0,00	0,07	0,26
Rendite 10-jähriger Bundesanleihen	0,6	1,0	1,2	1,4	0,28	0,30	0,27

Quelle: Eurosystem.

Inflation bei Dienstleistungen und Industriegütern bleibt hoch, aber Abschwächung der Teuerung bei Energie und Nahrungsmitteln[7]

Der Rückgang der HVPI-Inflationsrate von 2,2 % im Jahr 2017 auf 2,0 % im Jahr 2018 sowie 1,9 % im Jahr 2019 geht zum Großteil auf Energie- sowie auf Nahrungsmittelpreise (inklusive Tabak und alkoholischer Getränke) im HVPI zurück. Bei Dienstleistungen steigt die Inflationsrate bis Ende 2019 nach einem temporären Rückgang im Jahr 2018 deutlich an (siehe Tabelle 2). Die Teuerung für Industriegüter ohne Energie beläuft sich im Jahr 2018 auf 1,5 % und 2019 auf 1,3 % und ist damit über dem langjährigen Mittelwert.

[7] Die Inflationsentwicklung der HVPI-Komponenten unverarbeitete Nahrungsmittel, verarbeitete Nahrungsmittel, Industriegüter ohne Energie sowie Dienstleistungen wird bis 2019 prognostiziert. Für Energie und die Kerninflationsraten (ohne Energie sowie ohne Energie und Nahrungsmittel) erfolgt die Vorausschau bis 2020.

Tabelle 2

OeNB-Inflationsprognose vom März 2018

	2017	2018*	2019*	2020*
	Veränderung zum Vorjahr in %			
HVPI-Inflation	2,2	2,0	1,9	2,0
Unverarbeitete Nahrungsmittel	1,8	1,8	1,8	x
Verarbeitete Nahrungsmittel	2,8	2,4	1,5	x
Industriegüter ohne Energie	1,2	1,5	1,3	x
Energie	2,9	0,7	-0,8	0,1
Dienstleistungen	2,7	2,4	2,8	x
HVPI ohne Energie	2,2	2,1	2,1	2,1
HVPI ohne Energie und Nahrungsmittel	2,1	2,0	2,2	2,2
Inflationsbeitrag des öffentlichen Sektors		*in Prozentpunkten*		
Gesamt	0,4	0,3	0,3	0,3
davon indirekte Steuern	0,1	0,0	0,0	0,0
davon administrierte Preise	0,3	0,3	0,3	0,3

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Anmerkung: Der gesamte Inflationsbeitrag des öffentlichen Sektors wurde auf der Basis von gerundeten Teilbeiträgen ermittelt.

*) Prognose

Die Inflationsrate von *Energie* wird bis Juli 2018 steigen und danach bis Ende 2019 zurückgehen. Für das Jahr 2020 werden weitgehend stabile Preise für Energie erwartet. Der Inflationsanstieg in der ersten Jahreshälfte 2018 ist vor allem auf die Preisentwicklung bei Elektrizität zurückzuführen. Im ersten Halbjahr 2017 haben Energieanbieter die Preise für Elektrizität um bis zu 5 % gesenkt. Diese Reduktion wirkte sich in der Jahresinflationsrate unmittelbar inflationsdämpfend aus und bleibt ein Jahr lang in der Berechnung der Jahreswachstumsrate wirksam. Aus diesem Grund steigt die Inflationsrate für Elektrizität bis Mitte 2018 im Ausmaß der vergangenen Preissenkung an. Zudem besteht aufgrund der teilweisen Beschränkung des Stromhandels zwischen Deutschland und Österreich ab Oktober 2018 ein moderates Aufwärtsrisiko für die Endverbraucherpreise von Elektrizität. Der derzeit unbeschränkte Handel auf dem deutsch-österreichischen Strommarkt wird ab Oktober 2018 beschränkt. Österreich importiert zu Spitzenzeiten Elektrizität aus Deutschland. Die Verknappung des Angebots dürfte auch die Endverbraucherpreise für Elektrizität anheben. Experten gehen derzeit aber davon aus, dass die Strompreiseffekte gering ausfallen dürften.

Die Preise für *Industriegüter ohne Energie* werden 2018 mit einer Jahreswachstumsrate von 1,5 % sowie 2019 mit 1,3 % ansteigen. Damit wird sich die Teuerung dieser Komponente prozyklisch entwickeln. Trotz des moderaten Rückgangs im Jahr 2019 bleibt die Inflationsrate für Industriegüter ohne Energie aber über dem langfristigen Durchschnitt. Das deutlich gestiegene Konsumentenvertrauen und die stabil hohen Wachstumsraten des privaten Konsums sollten die Teuerung für Industriegüter ohne Energie auf einem überdurchschnittlichen Niveau halten.

Bei *Nahrungsmitteln* (inklusive Tabak und alkoholische Getränke) hat die Teuerungsrate Ende 2017 ihren Höhepunkt erreicht. Insbesondere bei Milchprodukten sowie Ölen und Fetten – die 2017 die höchsten Inflationsraten unter den Nahrungsmitteln erreichten – ist mit einer Abschwächung der Teuerung aufgrund rückläufiger Erzeugerpreise zu rechnen. Zudem sollten die im Prognosezeitraum sinkenden Ölpreise die Kosten der Nahrungsmittelproduktion verringern. Auch die im April 2017 erfolgte Tabaksteuererhöhung dämpft ab April 2018 die Inflationsrate der Nahrungsmittelkomponente (um 0,4 Prozentpunkte), da sie dann nicht mehr in der Inflationsrate wirksam ist. Im Jahr 2018 erwarten wir für Nahrungsmittel (unverarbeitete und verarbeitete Nahrungsmittel insgesamt) eine Teuerungsrate von durchschnittlich 2,2 % sowie einen Rückgang auf 1,6 % im Jahr darauf. Erst 2020 sollte es wieder zu einer moderaten Aufwärtsentwicklung der HVPI-Inflationsrate für Nahrungsmittel kommen.

Bei Dienstleistungen wird für das Jahr 2018 eine Inflationsrate von 2,4 % erwartet. Aufgrund des stärkeren Lohnstückkostenwachstums, das sich in höheren Preisen für Marktdienstleistungen niederschlagen wird, ist 2019 mit einem Anstieg der Teuerungsrate auf 2,8 % zu rechnen.

Der Inflationsbeitrag des öffentlichen Sektors (gemessen an der Preisentwicklung von administrierten Preisen und Änderungen bei indirekten Steuern) wird sich von 0,4 Prozentpunkten im Jahr 2017 auf 0,3 Prozentpunkte in den Jahren 2018 bis 2020 abschwächen. Ausschlaggebend für den Rückgang ist die mit April 2018 nicht mehr in der Jahresteuerungsrate der Endverbraucherpreise wirksame Erhöhung der Tabaksteuer vom April 2017. Die am 21. März 2018 – und damit nach Fertigstellung der Prognose – beschlossene Senkung der Umsatzsteuer auf Beherbergungs- und Campingdienstleistungen von 13 % auf 10 % ab November 2018 wurde in der Vorausschau noch nicht berücksichtigt. Der voraussichtliche Effekt auf die HVPI-Inflation beträgt von November 2018 bis Oktober 2019 maximal –0,1 Prozentpunkte.

Kasten: Wie sehr reflektiert die HVPI-Inflationsrate die Wohnkosten der Österreicher?[8]

Die Ausgaben für Wohnen sind für die meisten Haushalte ein signifikanter Teil ihrer monatlichen Ausgaben. Laut eigenen Angaben geben die österreichischen Privathaushalte im Schnitt 16 % ihres Haushaltseinkommens für Wohnen aus (Mikrozensus 2016). Dieser Durchschnitt verdeckt allerdings die Heterogenität der verschiedenen Wohnverhältnisse, die nicht nur in Form unterschiedlicher Rechtsverhältnisse (Eigentum oder Miete) besteht, sondern auch subventionierte und nicht-subventionierte Wohnverhältnisse umfasst. In Zeiten steigender Wohnungspreise und Mieten verwundert es daher nicht, dass dem Thema Wohnausgaben in der medialen Öffentlichkeit breite Aufmerksamkeit zukommt.

In der vorliegenden Analyse wird – nach einer kurzen Darstellung der Struktur des österreichischen Wohnungsmarkts – die Erfassung der Wohnausgaben in der Inflationsmessung diskutiert, wobei die Analyse getrennt für den Mietmarkt und den Markt für Eigentumswohnungen durchgeführt wird. Da sich die statistische Erfassung der Wohnausgaben in Österreich und in Deutschland wesentlich voneinander unterscheidet, wird schließlich ein Vergleich der Behandlung der Wohnkosten in der Inflationsmessung beider Länder vorgenommen.

Von den insgesamt 3,86 Mio. österreichischen Haushalten lebten 2016 (laut Mikrozensus 2016) 43 % in Mietwohnungen (Haupt- und Untermiete), 48% in Eigentumswohnungen und -häusern und 9 % in sonstigen Rechtsverhältnissen[9] (überlassene und mietfreie Wohnungen oder Häuser und Dienst- und Naturalwohnungen). Innerhalb der Kategorie der Hauptmietwohnungen entfielen 2016 18 % auf Gemeindewohnungen, 39 % auf Genossenschaftswohnungen und 43 % auf andere (privat vermietete) Hauptmietwohnungen.

Mietanpassungen meist an den VPI gekoppelt

Die Miethöhe und die Mietzinsanpassungen am österreichischen Mietmarkt hängen von der Anwendung des Mietrechtsgesetzes (MRG) ab. Das MRG unterscheidet drei Arten von Mietwohnungsverträgen – solche im Vollanwendungsbereich, im Teilanwendungsbereich und jene, die vom MRG ausgenommen sind. Im Vollanwendungsbereich des MRG (z. B. bei Gemeindewohnungen oder Altbauwohnungen mit Ausnahme von Kategorie D-Wohnungen) erfolgt die Berechnung des Mietzinses nach dem Richtwertsystem mit Zu- und Abschlägen für bestimmte Merkmale (z. B. Ausstattung, Stockwerkslage, Lift, Wohngegend, Terrasse/Balkon). Der aktuelle seit April 2017 gültige Richtwert beträgt etwa in Wien 5,58 EUR pro Quadratmeter (exklusive 10 % Umsatzsteuer und Betriebskosten). Die Richtwerte werden jedes zweite Jahr jeweils im April mit der seit der letzten Anpassung akkumulierten Änderung der Inflationsrate gemäß VPI angepasst. Genossenschaftswohnungen (Wohnungen, die von einer gemeinnützigen Bauvereinigung errichtet oder erworben und saniert wurden) unterliegen hingegen nicht dem MRG. Bei diesen Wohnungen gilt das Prinzip des kostendeckenden Mietzinses, welcher sich nur im Ausmaß der Kostensteigerung für die Genossenschaft ändert.

Für Wohnungen im Teilanwendungsbereich des MRG (z. B. Neubauwohnungen) besteht die Möglichkeit, einen angemessenen Mietzins zu verlangen (anstelle der Richtwertsätze), wobei meist eine Wertsicherung gemäß dem Verbraucherpreisindex vereinbart wird. Im Vollausnahmebereich des MRG gibt es außer den Grenzen des Wuchers und der „Verkürzung über die Hälfte" aus dem ABGB keine Mietzinsbegrenzungen. Auch wenn es keine gesetzliche Bestimmung zur Regelung der Wertsicherung gibt, wird auch bei diesen Wohnungen meist eine Wertanpassung über den VPI vereinbart.

Mieten direkt aus dem Mikrozensus in die Preisstatistik übernommen

Die Wohnausgaben für Hauptmietwohnungen werden im österreichischen VPI mit einem Gewicht von 5,1 % und im HVPI mit einem Gewicht von 4,3 % erfasst.[10] Das Gewicht für den HVPI errechnet sich aus

---

[8] Autoren: Anita Roitner, Fabio Rumler und Karin Wagner (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen). Aus den hier dargestellten aggregierten Ergebnissen lassen sich keine Aussagen über die Bewertungen von Einzelimmobilien sowie Kauf- oder Verkaufsempfehlungen ableiten.

[9] Diese Kategorie wird in einer groben Einteilung zwischen Eigentum und Miete meist den Eigentumswohnungen zugeschlagen, sodass die Eigentumsquote auf dem österreichischen Wohnungsmarkt für 2016 mit 57 % angegeben wird.

[10] Diese geringe Differenz in den Gewichten geht auf das unterschiedliche Gewichtungsgefüge der beiden Indizes (Bekleidung sowie Gastgewerbedienstleistungen sind im HVPI höher gewichtet als im VPI und im Gegenzug sind andere Gütergruppen, wie etwa Wohnen, im HVPI relativ geringer gewichtet) und nicht auf eine unterschiedliche Erfassung von Mieten in beiden Indizes zurück.

dem Anteil der Mietausgaben der österreichischen Haushalte von rund 7 Mrd EUR[11] an den gesamten in Österreich getätigten Konsumausgaben der privaten Haushalte (ohne unterstellte Mieten) in der Höhe von 165,8 Mrd EUR (laut VGR für 2016). Im Gegensatz dazu werden die Wohnausgaben für Eigenheime derzeit im HVPI überhaupt nicht und im VPI kaum erfasst. Die Integration des von der EZB forcierten Preisindex für eigentümergenutztes Wohnen (owner-occupied housing, OOH) in den HVPI harrt aufgrund methodischer Probleme weiter der Umsetzung (mehr dazu weiter hinten). Im österreichischen VPI werden mit einem geringen Gewicht von 0,3 % und damit in unzureichendem Ausmaß auch die Kosten für Eigentumswohnungen berücksichtigt. Als unterstellte Mietzahlungen werden hier nur die auf Basis des Mikrozensus erhobenen Annuitätenzahlungen von Hypothekardarlehen erfasst, die eine sehr grobe Annäherung an die tatsächlichen Kosten des Wohnens in Eigentumswohnungen und -häusern darstellen. Dies bedeutet, dass derzeit die Wohnausgaben von fast 60 % der österreichischen Haushalte in der Inflationsmessung praktisch unberücksichtigt bleiben.

Die Preisänderung der Mieten in Österreich wird aus dem Mikrozensus in aggregierter Form in den VPI/HVPI übernommen, wobei die Quartalsdaten aus dem Mikrozensus in der monatlichen Preisstatistik linear interpoliert werden. Die relevante Größe für die Inflation ist dabei die Veränderung der Nettomietkosten (ohne Betriebskosten, aber inklusive Umsatzsteuer) pro Quadratmeter für alle Mietverhältnisse. Laut Tabelle K.1 betrug die Veränderung der Nettomieten pro Quadratmeter im Jahr 2017 3,7 % gegenüber dem Vorjahr. Dies ist auch der Wert, der – mit dreimonatiger Verzögerung – in die Preisstatistik Eingang findet. Damit sind die Nettomieten 2017 fast doppelt so stark wie der HVPI insgesamt gestiegen und trugen auf diese Weise 0,18 Prozentpunkte zur Gesamtinflationsrate 2017 bei.

Tabelle K.1: Durchschnittliche Wohnkosten von Hauptmietwohnungen (2009 bis 2017)

	Hauptmiet-wohnungen[1)] insgesamt	Miete inkl. Betriebskosten in Euro		(Netto-)Miete ohne Betriebskosten in Euro		Betriebskosten in Euro		Betriebskosten-anteil an der Miete
	in 1.000	*pro Wohnung*	*pro m²*	*pro Wohnung*	*pro m²*	*pro Wohnung*	*pro m²*	*in %*
2009	1.412,5	393,3	5,9	280,3	4,2	114,6	1,7	31,8
2010	1.438,9	405,1	6,0	289,5	4,3	117,0	1,8	31,7
2011	1.457,3	419,5	6,2	302,7	4,4	118,4	1,8	31,1
2012	1.475,1	435,4	6,4	312,7	4,6	124,3	1,9	31,4
2013	1.499,1	449,3	6,7	325,1	4,8	125,7	1,9	30,9
2014	1.522,1	465,3	6,9	338,0	5,0	128,4	2,0	30,5
2015	1.560,0	474,6	7,1	345,2	5,1	130,6	2,0	30,4
2016	1.598,9	488,5	7,4	358,6	5,4	130,8	2,0	29,6
2017	1.632,0	505,9	7,6	373,5	5,6	133,4	2,1	x
	Veränderung zum Vorjahr in %							
2010	1,9	3,0	2,2	3,3	2,4	2,1	1,5	-0,3
2011	1,3	3,6	3,2	4,5	4,2	1,2	1,1	-2,0
2012	1,2	3,8	3,7	3,3	3,3	5,0	4,8	1,1
2013	1,6	3,2	3,3	4,0	3,9	1,1	1,6	-1,7
2014	1,5	3,6	4,1	4,0	4,5	2,2	2,7	-1,2
2015	2,5	2,0	3,0	2,1	3,2	1,7	2,5	-0,5
2016	2,5	2,9	3,2	3,9	4,2	0,2	0,4	-2,5
2017	2,1	3,6	3,0	4,2	3,7	2,0	3,7	x

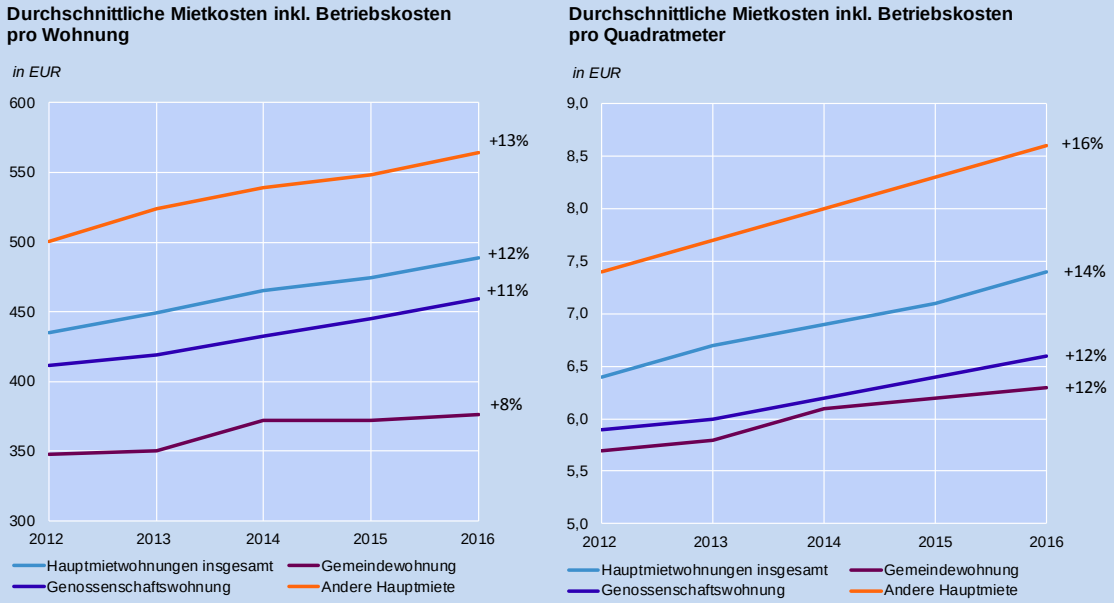
Quelle: Statistik Austria, Mikrozensus. - 1) Anzahl der Hauptmietwohnungen mit Nettomiete > 0 Euro.

Auch wenn nur das Aggregat für alle Mietverhältnisse in die Inflationsstatistik Eingang findet, sind damit die Preisänderungen der unterschiedlichen Mietverhältnisse implizit gewichtet mit ihren jeweiligen Anteilen an den gesamten Mietverhältnissen im VPI/HVPI inkludiert. So gehen die Mietkosten von Gemeindewohnungen, Genossenschaftswohnungen und anderen Hauptmietwohnungen mit ihren jeweiligen Anteilen in die Mietkosten aller Hauptmietwohnungen ein. Grafik K.1 zeigt, dass sich die Mietkosten nach Mietverhältnissen nicht nur im Niveau unterscheiden, sondern durchaus auch unterschiedliche Veränderungsraten aufweisen. So stiegen etwa die anderen (privat vermieteten) Hauptmieten pro Quadratmeter von 2012 bis 2016 um 16 %, während sich die Mietkosten von Gemeinde- und Genossenschaftswohnungen im selben Zeitraum nur um 12 % erhöhten.

[11] Angaben aus dem Mikrozensus wurden mit Daten aus der Konsumerhebung und EU-SILC bei der Errechnung dieser Zahl für das Jahr 2016 abgeglichen.

Grafik K.1

Durchschnittliche Wohnkosten von Hauptmietwohnungen pro Wohnung und pro Quadratmeter nach Art der Hauptmiete (2012 bis 2016)



Quelle: Statistik Austria.

Des Weiteren werden im VPI und im HVPI auch die Betriebskosten von Miet- und Eigentumswohnungen erfasst. Die Erfassung der Betriebskosten von Mietwohnungen beruht ebenfalls auf den in Tabelle K.1 dargestellten durchschnittlichen Betriebskosten pro Quadratmeter für Hauptmietwohnungen aus dem Mikrozensus. Sie gehen in den VPI (HVPI) mit einem Gewicht von 2,1 % (1,7 %) ein. Die Daten für die Betriebskosten von Eigentumswohnungen stammen aus der Konsumerhebung und gehen in den VPI (HVPI) mit einem geringeren Gewicht von 0,7 % (0,5 %) ein, wobei hier Wasser- und Kanalgebühren von Einfamilienhäusern nicht enthalten sind, da sie gesondert erfasst werden.

Eigentümergenutztes Wohnen bisher im HVPI unberücksichtigt

Die Berücksichtigung des eigentümergenützten Wohnens im HVPI ist in Fachkreisen seit längerem ein viel diskutiertes Thema. Ein Wohnungskauf gilt im Sinne der VGR als Investition und wird daher nicht im HVPI erfasst, da dieser ausschließlich die Preisentwicklung von Konsumgütern berücksichtigt.

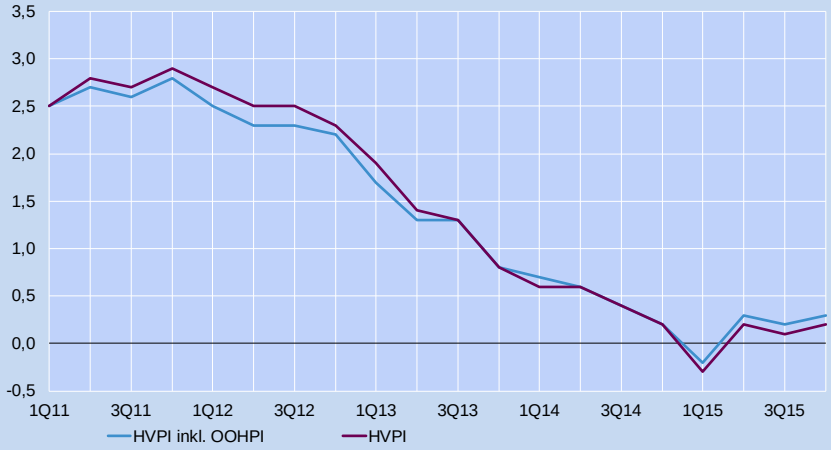
Regelmäßige Ausgaben für Wohnen (Miete, imputierte Mieten der Eigentümer, Wohnausgaben der Eigentümer) werden in verschiedenen Ländern unterschiedlich im VPI/HVPI erfasst. In den USA werden imputierte Mieten der Eigentümer von Hauptwohnsitzen (owners' equivalent rent of primary residence) im VPI-Warenkorb erfasst. Ihr Gewicht wird aus der Konsumerhebung abgeleitet und macht mit 22 % den größten Anteil aller im Warenkorb erfassten Gütergruppen aus.

EZB-interne Berechnungen zum Effekt einer Berücksichtigung des eigentümergenutzten Wohnens im HVPI zeigen, dass der Unterschied zwischen dem HVPI und der Schätzung des HVPI inklusive eigentümergenutztes Wohnen für den Euroraum (Grafik K.2) und für Österreich (Grafik K.3 links) über den Analysezeitraum vom ersten Quartal 2011 bis zum vierten Quartal 2015 relativ gering ist (im Durchschnitt 0,05 Prozentpunkte mit einer maximalen Differenz von 0,2 Prozentpunkten). Den Berechnungen des Owner-Occupied House Price Index (OOHPI) liegt der sogenannte Nettoerwerbsansatz (net acquisition approach) zugrunde, bei dem die Ausgaben beim Immobilienkauf (Steuern und Gebühren etc.) sowie die Erhaltungs- und Renovierungskosten erfasst werden. Das Gewicht des OOHPI im gesamten HVPI beträgt etwa 9 %.

Grafik K.2

HVPI im Euroraum, mit und ohne OOH

Veränderung zum Vorjahr, in %



Quelle: Eurostat und EZB Schätzungen.

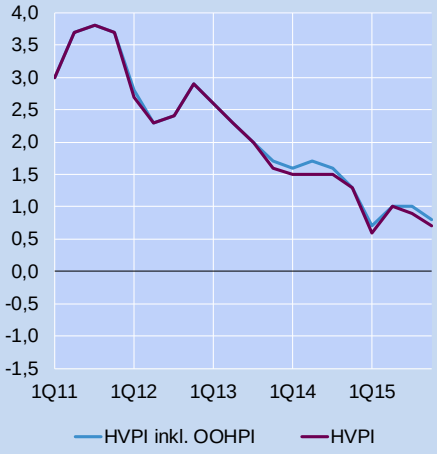
In Österreich ist die Eigentumsquote mit 57 % (laut Mikrozensus 2016) im europäischen Vergleich relativ niedrig (EU: 69 %, Euroraum: 66 % für 2016 laut Eurostat). In Ländern mit höherer Eigentumsquote (z. B. Spanien mit 78 %) ist der Unterschied zwischen dem HVPI und dem HVPI inkl. eigentümergenütztem Wohnen etwas deutlicher (siehe Grafik K.3 rechts). Der große Unterschied zwischen den beiden Indizes in den Jahren 2011 bis Mitte 2013 in Spanien ist auf den starken Rückgang der Immobilienpreise in diesem Zeitraum zurückzuführen.

Grafik K.3

HVPI mit und ohne OOH

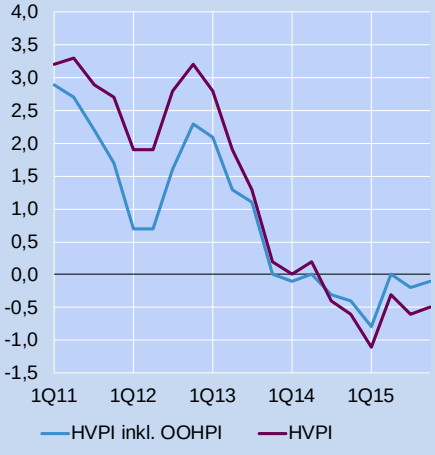
Österreich

Veränderung zum Vorjahr in %



Spanien

Veränderung zum Vorjahr in %



Quelle: Eurostat und EZB Schätzungen.

Höheres Gewicht der Wohnausgaben im VPI und HVPI in Deutschland

In Deutschland gehen die Wohnungsmieten mit 8,4 % in den VPI und mit 10,2 % in den HVPI ein (siehe Tabelle K.2). Darüber hinaus wird in Deutschland im VPI auch eigentümergenutztes Wohneigentum – ebenso wie in den USA – mit einem Mietäquivalenzansatz erfasst. Dessen Gewicht beläuft sich auf 12,6 %.

Tabelle K.2: Gewichtung der Wohnausgaben in Österreich und Deutschland im HVPI und VPI (in %)

	Österreich	Deutschland
HVPI		
Wohnungsmiete	4,4	10,2
Ausgaben für Eigentumswohnungen	–	–
Instandhaltung und Reparatur	2,5	1,0
Wasserversorgung und sonst. Dienstleistungen (Betriebskosten)	3,0	3,3
Strom, Gas und andere Brennstoffe	4,5	6,5
Wohnausgaben gesamt	14,5	21,0
VPI		
Wohnungsmiete	5,2	8,4
Ausgaben für Eigentumswohnungen	0,3	12,6
Instandhaltung und Reparatur	6,3	0,8
Wasserversorgung und sonst. Dienstleistungen (Betriebskosten)	3,8	3,1
Strom, Gas und andere Brennstoffe	4,3	6,8
Wohnausgaben gesamt	19,9	31,7

Quelle: Statistik Austria, Statistisches Bundesamt.

Im Vergleich mit dem österreichischen VPI- und HVPI-Warenkorb fällt die höhere Gewichtung der Mietausgaben in Deutschland ins Auge. Selbst wenn von den imputierten Mietansätzen für Eigentumswohnungen abgesehen wird, ergibt sich bei den Gewichten im VPI eine Differenz von 3,2 Prozentpunkten, im HVPI von 5,8 Prozentpunkten zwischen dem österreichischen und deutschen Warenkorb. Dies dürfte unter anderem auf das höhere Mietniveau in Deutschland zurückzuführen sein, das nicht zuletzt durch die unterschiedliche Struktur des Mietmarktes mit weniger subventionierten Gemeinde- und Genossenschaftswohnungen bedingt ist. Darüber hinaus wird in Deutschland die Entwicklung der Mieten in einer Mietstichprobe erfasst, in der die Ballungsräume in der Vergangenheit deutlich überrepräsentiert waren, wohingegen in Österreich aufgrund der Erfassung im Mikrozensus regionale Repräsentativität gewährleistet ist. Darüber hinaus dürfte in Deutschland auch ein Teil der Betriebskosten im Mietpreis inkludiert sein. Aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen der einzelnen Warenkorbpositionen, insbesondere bei den Betriebskosten und anderen Dienstleistungen für Wohnungen, ist ein direkter Vergleich hier nur schwer möglich.

Schlussfolgerungen

Insgesamt sind die Mietausgaben für Hauptmietwohnungen in der österreichischen Inflationsmessung durch den Rückgriff auf Daten aus dem Mikrozensus genau und vollständig erfasst. So gehen beispielsweise auch die unterschiedlichen Mietverhältnisse (subventionierte und privat vermietete Wohnungen) mit ihrem Anteil am Mietmarkt in die Inflationsberechnung ein. Im Gegensatz dazu werden die Kosten des Wohnens in Eigentumswohnungen im HVPI überhaupt nicht und im VPI nur in unzureichender Weise berücksichtigt, da nur Annuitätenzahlungen für Hypothekardarlehen als Ausgaben für eigentümergenutztes Wohnen erfasst werden. Dadurch sind die Ausgaben für Wohnen in der Inflationsmessung in Österreich tendenziell untererfasst. Die Integration eines Index für eigentümergenutztes Wohnen (Owner-Occupied Housing), die bereits im amerikanischen und im deutschen VPI zur Anwendung kommt und von der EZB auch für den HVPI der Mitgliedsländer der Währungsunion berechnet wurde, scheiterte bisher an methodischen Problemen bei der Anwendung des OOH Konzepts auf verschiedene Euroraum Länder. Im Vergleich zu Deutschland lässt sich das geringere Gewicht der Mieten im österreichischen VPI und HVPI zumindest teilweise mit der Struktur des österreichischen Mietmarktes (größerer Anteil an subventionierten Mietwohnungen) und einer in Richtung der Großstädte verzerrten Mietstichprobe in Deutschland erklären.

In der jüngeren Vergangenheit stiegen die Mieten in Österreich stärker als die Gesamtinflation und auch die Preise für Eigentumswohnungen nahmen deutlich zu. Eine vollständige Berücksichtigung des eigentümergenutzten Wohnens dürfte daher unter diesen Bedingungen zu einer etwas höheren gemessenen Inflationsrate führen.

3 Erklärungsfaktoren für die bisherige Preisentwicklung

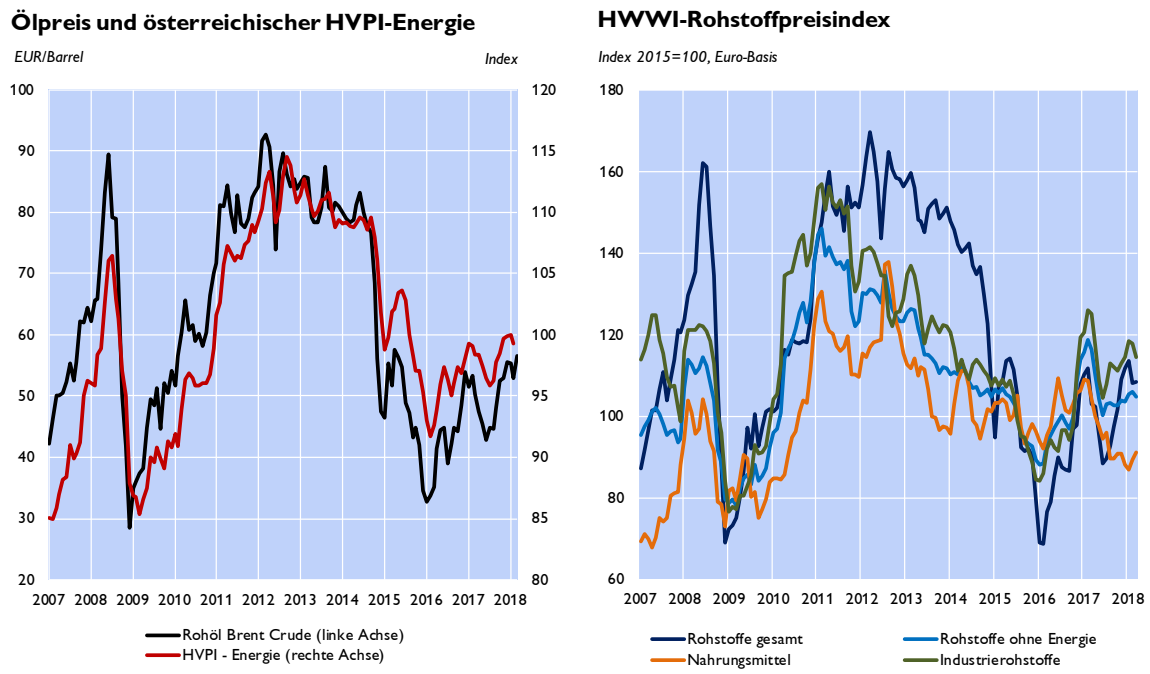
3.1 Preise von Rohstoffen zuletzt etwas gesunken

2017 bewirkten die günstigen Konjunkturaussichten sowie die stärkere Nachfrage nach Rohöl einen deutlichen **Anstieg des Rohölpreises**. Auch das OPEC-Förderlimit, das im November 2017 bis Ende 2018 verlängert wurde, hat zum Rohölpreisanstieg von 51,5 im Jänner 2017 auf 55,5 EUR im Dezember 2017 beigetragen (jeweils für ein Barrel der Marke Brent). Anfang dieses Jahres ging die Rohölpreisnotierung zuerst wieder etwas zurück bevor sie im März 2018 wieder anstieg (Grafik 2, linke Abbildung). Im März 2018 belief sich der Preis für ein Barrel der Marke Brent auf 56,5 EUR.

Die **Preise von nicht-energetischen Rohstoffen beschleunigten sich im Vergleich zu Energierohstoffen seit Mitte 2017 weit schwächer.** Bei Nahrungsmitteln gingen laut dem HWWI-Rohstoffpreisindex die Preise seit Mitte letzten Jahres sogar etwas zurück. Zuletzt wies der HWWI-Rohstoffpreisindex einen Rückgang auf (Grafik 2, rechte Abbildung).

Grafik 2

Rohstoffpreise



Quelle: Thomson Reuters, Eurostat.

3.2 Stärkerer Euro dämpft das Importpreiswachstum

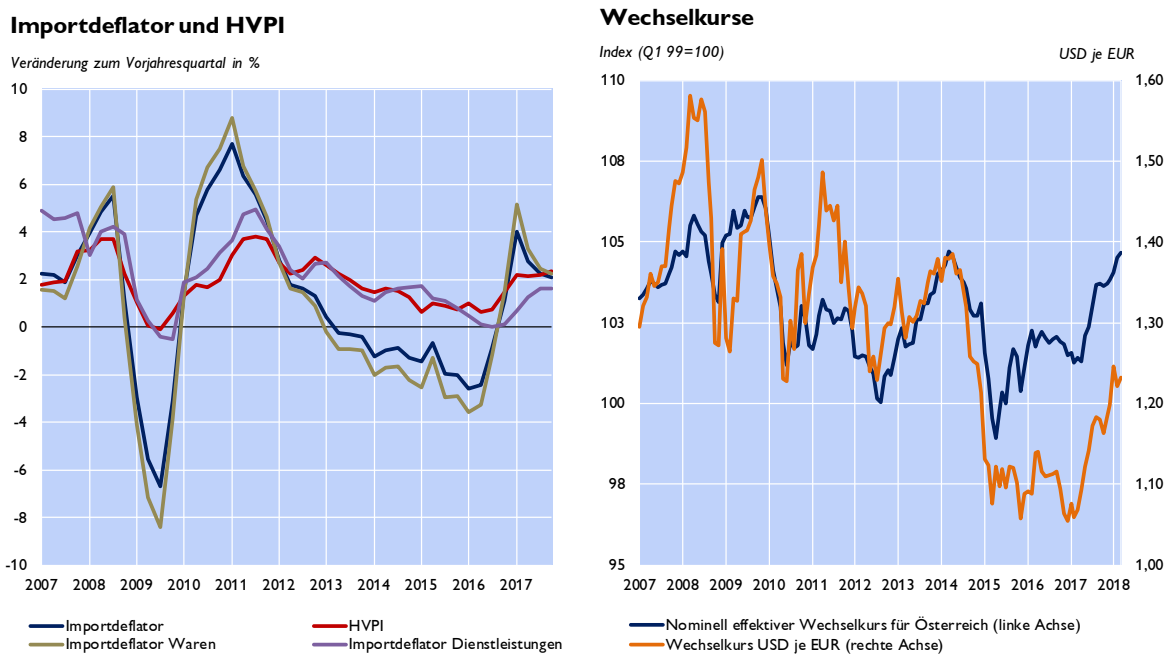
Die **Veränderungsrate des Importdeflators ging** von **4,0 % im ersten Quartal 2017 auf 2,1 % im vierten Quartal 2017 zurück**. Diese Entwicklung wird von der Preisdynamik der Warenimporte dominiert, deren Preissteigerungsrate sich von 5,1 % im ersten Quartal auf 2,3 % im vierten Quartal 2017 abschwächte. Die Steigerungsrate der Preise von Dienstleistungsimporten beschleunigte sich hingegen im Vorjahr deutlich (Grafik 3, linke Abbildung).

Für die Abschwächung des Importpreiswachstums bei Waren ist hauptsächlich die **Aufwertung des Euro** verantwortlich. Von Anfang 2017 bis März 2018 hat der nominell-effektive

Wechselkurs Österreichs[12] um 3,1 % zugelegt. Gegenüber dem US-Dollar hat der Euro von Anfang 2017 bis März 2018 um 14,6 % aufgewertet (Grafik 3, rechte Abbildung) und das trotz guter Fundamentaldaten (Wachstumsaussichten, Beschäftigung) in den USA.

Grafik 3

Importpreise und Wechselkurse



Quelle: Statistik Austria, Eurostat.

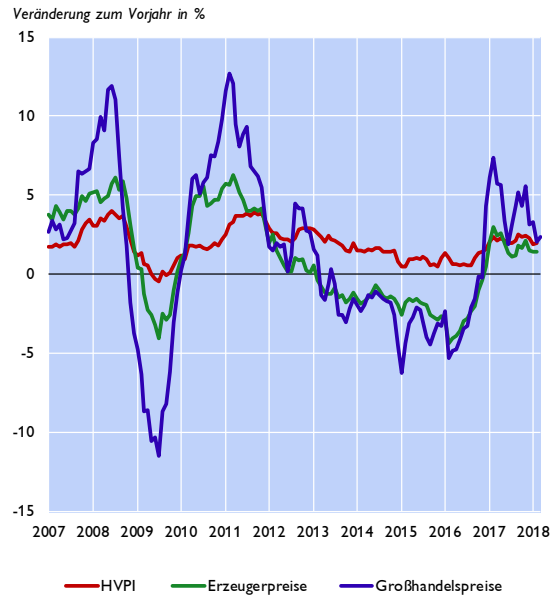
3.3 Preisdruck von Seiten der Erzeuger- und Großhandelspreise nimmt zuletzt ab

Die Preisindikatoren der vorgelagerten Produktionsstufen signalisieren seit November 2017 einen rückläufigen Preisdruck (Grafik 4, linke Abbildung). Die Jahresänderungsrate des **Erzeugerpreisindex für im Inland abgesetzte Sachgüter**[13] fiel von 2,1 % im November 2017 auf 1,4 % im Februar 2018, wofür vor allem Energie und Vorleistungen verantwortlich sind. Auch die Jahresteuerung der mit den Verbraucherpreisen eng verknüpften Konsumgüter ging seit November zurück (Grafik 4, rechte Abbildung).

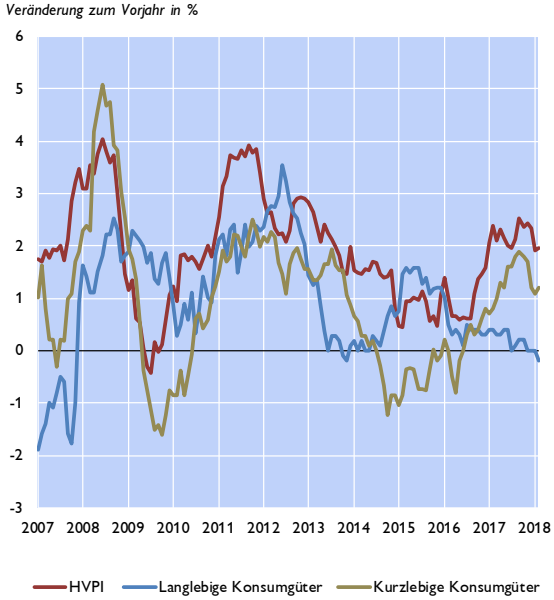
Die Wachstumsrate des **Großhandelspreisindex** schwächte sich weit stärker als jene des Erzeugerpreisindex ab: Die Jahresänderungsrate des **Großhandelspreisindex** fiel zwischen November 2017 und März 2018 von 5,6 % auf 2,4 %. Insgesamt hat der Preisdruck von den vorgelagerten Produktionsstufen auf die Verbraucherpreise zuletzt abgenommen. **In den kommenden Monaten ist daher von den vorgelagerten Ebenen ein vergleichsweise geringerer Aufwärtsdruck auf die Entwicklung der Teuerungsrate der Verbraucherpreise zu erwarten.**

[12] Der nominell-effektive Wechselkurs wird von der EZB aus den bilateralen Wechselkursen gegenüber den 38 wichtigsten Handelspartnern Österreichs, gewichtet mit dem jeweiligen Außenhandelsanteil für den Sachgüterbereich, berechnet.
[13] Der Erzeugerpreisindex für Sachgüter erfasst die Preisentwicklung der im Inland abgesetzten Waren (Industrie ohne Baugewerbe, Abwasserentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzung).

Indikatoren der vorgelagerten Preiskette und HVPI



Erzeugerpreise für Konsumgüter und HVPI



Quelle: Statistik Austria.

3.4 Lohnstückkosten sinken während sich die Unternehmensgewinne etwas erholen

Die **Arbeitnehmerentgelte je Arbeitsstunde** in der gewerblichen Wirtschaft (Sachgüter und Dienstleistungen; NACE B–N)[14] steigen seit **Anfang des Jahres 2017 wieder stärker**. Im vierten Quartal 2017 belief sich das Wachstum der Arbeitnehmerentgelte je Arbeitsstunde auf 2,0 % nachdem es im ersten Quartal 2017 nur 1,0 % betragen hatte. Im Gegensatz dazu ist das Wachstum der nominellen Lohnstückkosten in der gewerblichen Wirtschaft, das bereits seit 2015 zurückgeht, zuletzt weiter gesunken (Grafik 5, linke Abbildung). Im vierten Quartal 2017 gingen die nominellen Lohnstückkosten um – 0,3 % zurück. **Zurückzuführen ist dies auf die starke konjunkturelle Dynamik bzw. das starke Produktivitätswachstum, das sich von** 0,7 % im ersten Quartal auf 2,3 % im vierten Quartal 2017 beschleunigt hat. Das **Jahreswachstum des Tariflohnindex** (ohne öffentlich Bedienstete) ist seit Anfang 2017 moderat angestiegen und belief sich im vierten Quartal 2017 auf 1,7 % (erstes Quartal 2017: 1,4 %). Damit liegt das **Wachstum dieser Indikatoren weiterhin unter der Inflationsrate**, weshalb von den Arbeitskosten derzeit noch kein Preisdruck auf die Verbraucherpreisentwicklung ausgehen dürfte.

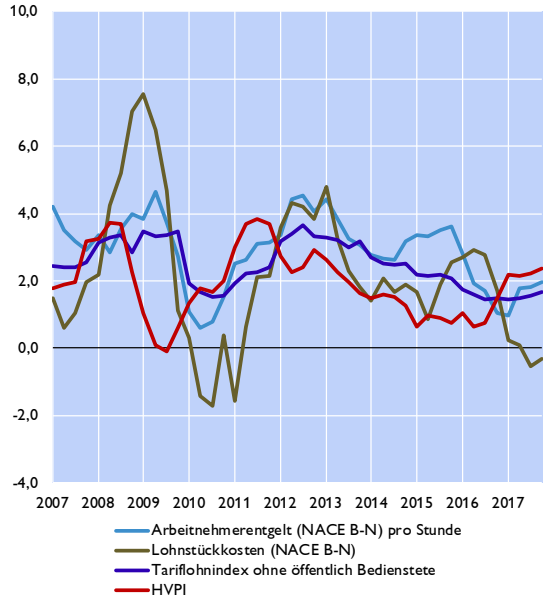
Vor dem Hintergrund des zuletzt stärkeren Wachstums der Wertschöpfung konnten nichtfinanzielle Unternehmen wieder ein positives Gewinnwachstum erzielen. Die **Gewinnquote** (definiert als Anteil des Bruttobetriebsüberschusses an der Bruttowertschöpfung) erreichte im zweiten und dritten Quartal 2017 mit Wachstumsraten von 0,8 % bzw. 0,5 % (jeweils gegenüber dem Vorquartal) wieder den positiven Bereich (Grafik 5, rechte Abbildung).

[14] Dies umfasst die Sektoren Bergbau, Warenerzeugung, Energieversorgung, Wasserversorgung, Bau sowie private Dienstleistungen (Handel, Verkehr, Beherbergung und Gastronomie, Informations- und Kommunikationsdienstleistungen, Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, Grundstücks- und Wohnungswesen und freiberufliche Dienstleistungen).

Arbeitskostenindikatoren und Profite

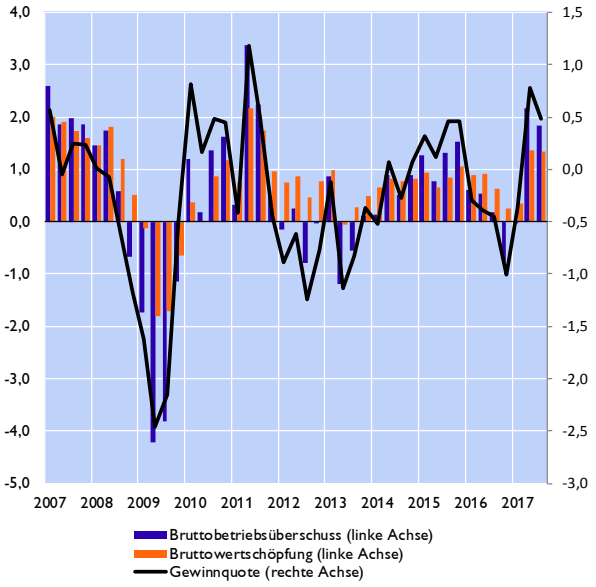
Arbeitskostenindikatoren in der Privatwirtschaft

Veränderung zum Vorjahresquartal in %, nominell



Profitentwicklung – Nichtfinanzielle Unternehmen

Veränderung zum Vorquartal in %



Quelle: Statistik Austria, Eurostat.

** Gewinnquote definiert als: Bruttobetriebsüberschuss / Bruttowertschöpfung * 100*

3.5 Überdurchschnittliche Kapazitätsauslastung in der Konsumgüterindustrie

Die **von der OeNB für Österreich berechnete Produktionslücke ist im dritten Quartal 2017 mit 0,1 % des Potenzial-Outputs zum ersten Mal seit Anfang 2013 positiv**. Für die Jahre 2018 und 2019 sollte die Produktionslücke laut OeNB-Schätzung 0,7 % des Potenzial-Outputs betragen und 2020 0,5 % des Potenzial-Outputs. Wenngleich die OeNB-Schätzung im Vergleich zu den Produktionslücken, die von der Europäischen Kommission, dem Internationalen Währungsfonds und der OECD für Österreich berechnet werden, am oberen Rand des Spektrums liegt (Grafik 6, linke Abbildung), rechnen alle genannten Institutionen bis spätestens Ende 2018 mit einer geschlossenen oder positiven Produktionslücke. Während der Stagnationsphase von Mitte 2012 bis Ende 2016 lagen die von verschiedenen Prognoseinstituten durchgeführten Schätzungen der österreichischen (negativen) Produktionslücke weit auseinander. Dies spiegelte die Unsicherheit bezüglich der konjunkturellen Lage während dieses Zeitraums wider. Seither hat sich der Aufschwung auf breiter Basis verfestigt, sodass der Schwankungsbereich der Schätzungen deutlich geringer wurde.

Die Produktionsauslastung der Konsumgüterhersteller entwickelte sich in den letzten Quartalen äußerst dynamisch. Laut WIFO-Konjunkturtest[15] hat sich die **Kapazitätsauslastung in der Konsumgüterproduktion** in den letzten Quartalen kontinuierlich verbessert und liegt im ersten Quartal 2018 **mit 84,8 % über dem langjährigen Durchschnitt** (Mittelwert seit 2005: 82,2 %). Bei langlebigen Konsumgütern ist die Kapazitätsauslastung im ersten Quartal 2018 mit 89,2 % wesentlich höher als bei den kurzlebigen Konsumgütern, deren Kapazitätsauslastung bei 83,7 % liegt. Die **Konsumgüterhersteller berichten von überdurchschnittlich guten Auftragseingängen während der letzten Monate und sind optimistisch im Hinblick auf ihre Exportchancen**. Insgesamt signalisieren die

[15] Der WIFO-Investitions- und Konjunkturtest ist Teil der harmonisierten Konjunkturumfragen der EU.

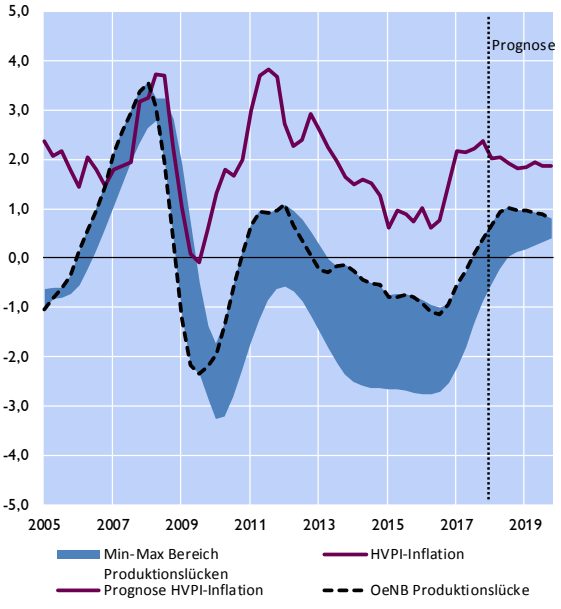
vorliegenden **Indikatoren der Produktionsauslastung** einen **zunehmenden Preisdruck nach oben**.

Grafik 6

Indikatoren der Produktionsauslastung

Produktionslücke und Inflation

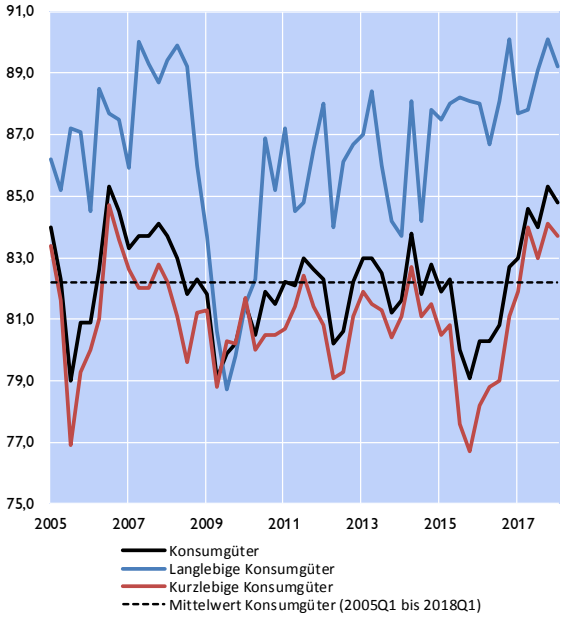
Veränderung zum Vorjahr (HVPI-Inflation) bzw. in % des Potenzial Outputs (Produktionslücke)



Quelle: OeNB, Eurostat, SDW (EZB).

Kapazitätsauslastung in der Industrie

Kapazitätsauslastung in %



Quelle: WIFO-Konjunkturtest; EU Business and Consumer Survey.

3.6 Inflationserwartungen der Prognoseinstitute derzeit bei rund 2 %

Laut **Consumer Survey der Europäischen Kommission** erwarten die Konsumenten **in Österreich und im Euroraum** in den kommenden 12 Monaten **mehrheitlich steigende Preise**. Für Österreich lag der Saldo aus positiven (Preise steigen in den kommenden 12 Monaten) und negativen Antworten (Preise sinken in den kommenden 12 Monaten)[16] im März 2018 bei 31,0 und für den Euroraum bei 16,1. (Grafik 7, linke Abbildung).

Laut **Consensus Forecasts**[17] erwarten die befragten Prognoseinstitute im März 2018 für Österreich eine Jahresinflationsrate der Verbraucherpreise von 2,0 % für das laufende Jahr, gefolgt von 1,9 % im Jahr 2019. Sowohl für 2018 als auch für 2019 haben die Prognoseinstitute ihre Inflationsaussichten in den letzten Befragungsrunden tendenziell nach oben revidiert.

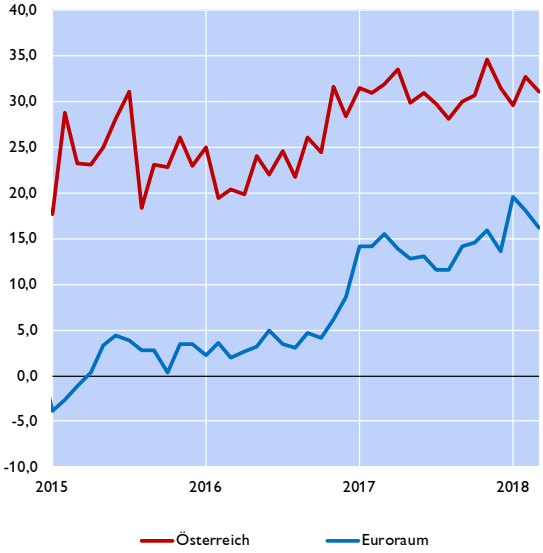
[16] Der Saldo gibt die Differenz zwischen positiven (p) und negativen (n) Antworten als Anteil der Gesamtantworten an. Wenn p % der Befragten in den nächsten 12 Monaten steigende Preise, n % fallende Preise und u % gleichbleibende Preise erwarten, errechnet sich der Saldo als p–n, wobei p+n+u=100.

[17] Consensus Forecasts erhebt die Inflationsprognosen von professionellen Prognoseinstituten und weist jeweils den Durchschnitt der abgegebenen Einschätzungen zur Jahresinflation für das laufende sowie für das nächste Kalenderjahr auf Länderebene und für den Euroraum aus.

Inflationserwartungen

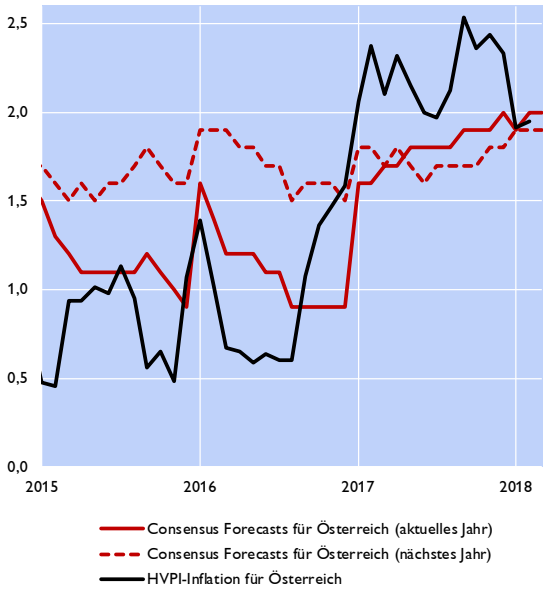
EK Consumer Survey - Entwicklung der Preise in den kommenden 12 Monaten

Saldo aus positiven und negativen Antworten



Inflationserwartungen und HVPI-Inflation

Veränderungen zum Vorjahr in %



Quelle: Europäische Kommission, eigene Berechnungen.